

Kommunalpolitisches Programm

Würzburg wählt Links!

Am 16. März – Liste 8



DIE LINKE.
offene Stadtratsliste
Würzburg

Inhalt

Präambel	3
1. Würzburgs Zukunft nicht verbauen	4
2. 100 % Sozial – auch kommunal!.....	5
3. Finanzen	13
4. Ökologische Kommunalpolitik in Würzburg.....	14
5. Kommunale Verkehrspolitik	17
6. Bildungspolitik als kommunale Aufgabe	22
7. Kulturpolitische Veränderungen in Würzburg.....	23
8. Bürgernähe und Transparenz: Nah am Bürger	27
9. Digitale Spaltung überwinden – Breitbandnetze ausbauen.....	29
10. Kommunale Politik gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit	31
11. Jugend und Studierenden in Würzburg – Programm des SDS und der Linksjugend ['solid]	32

Präambel

Ihre soziale Kraft im Rathaus!

DIE LINKE / Offene LISTE steht für eine soziale Kommunalpolitik in einem lebenswerten Würzburg. Sie wird getragen von der Partei DIE LINKE und Einzelpersonen, die mit ihren kommunalpolitischen Vorstellungen und Forderungen dazu angetreten sind, Würzburg zu einer sozialen Stadt für alle hier lebenden Menschen zu gestalten.

LINKS wirkt!

Bei der Kommunalwahl 2008 erhielt DIE LINKE zwei Sitze im Würzburger Stadtrat.

DIE LINKE / Offene LISTE hat viele Probleme und Forderungen der Bevölkerung aufgegriffen und in dieses Kommunalwahlprogramm eingearbeitet. Die LINKE / Offene LISTE arbeitet mit Bürgerinitiativen und Persönlichkeiten zusammen, die sich für ihre Stadt eine soziale und ökologische Politik wünschen.

Nicht alles wird sich realisieren lassen, schon gar nicht

von ein oder zwei Mandatsträgern. Wir konnten in den vergangenen Jahren viele wichtigen Vorhaben und Anträge unterstützen, wie z. B. die Öffnung des Trausaals für gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder den Ausbau des ÖPNV. Andere Anträge wurden abgelehnt, wie die Erstellung eines Armutsberichts für die Stadt Würzburg oder die Einführung eines Sozialpasses.

Eines unserer wichtigsten Wahlziele der LINKEN, Würzburg zur Kommunalwahl 2008 ist erreicht worden. Die Stadt Würzburg hat in einem Vergleich das PPP-Projekt „**Würzburg integriert**“ mit ARVATO vom Bertelsmann-Konzern beendet. Der schon größte Adresssammler in Europa, Bertelsmann, hätte dann Zugriff auf die Daten der Bürger gehabt. Wir haben das Projekt von Anfang an abgelehnt.

Wir haben gegen die Bebauung des Platz'schen Gartens gestimmt, leider vergeblich. Nun zählen wir auf Ihre Unter-

stützung, um das MOZ zu erhalten.

DIE LINKE / Offene LISTE kann nur Erfolge haben, wenn Forderungen von möglichst vielen Menschen und mit Aktionen außerhalb des Rathau-

ses begleitet und unterstützt werden. Wir brauchen Ihre Unterstützung, nicht nur am Wahltag.

Unterstützen sie unsere Forderungen auch nach der Wahl am 16. März 2014!

1. Würzburgs Zukunft nicht verbauen

a) Öffentlicher Raum ist wertvoll

Würzburg liegt in einem Tal-kessel, d.h., freie Flächen sind Mangelware. Die Leerstände bei Gewerbeimmobilien im Stadtgebiet sind hoch – Schilder mit „zu vermieten“ muss man nicht lange suchen. Freiflächen, auf denen wichtige Projekte zu Verkehr und Stadtplanung umgesetzt werden können, sind knapp. Viele Möglichkeiten wurden aufgrund fehlender Planung bereits in der Vergangenheit verbaut und die Chance, ein vernünftiges Park&Ride-Konzept umzusetzen, hat man vertan. Die heutige schwierige Verkehrssituation ist das traurige Ergebnis. Mit jeder Bau-maßnahme wird der Spielraum für Stadtplanung in der

Zukunft geringer. Mit dem **knappen Gut „freier Raum“** muss äußerst sorgsam umgegangen werden. Für unser gesundes Stadtklima sind die unversiegelten Flächen unverzichtbar.

Wir haben gegen die Bebauung des Platz'schen Gartens gestimmt, leider vergeblich. Aber dennoch muss unser MOZ erhalten bleiben und ein Kulturzentrum für alle Menschen werden! Das Mozart-areal, bei dem der Kardinal-Faulhaber-Platz überdacht würde, ist nicht notwendig. Auf ein Shopping-Center, das den Würzburger Einzelhandel schwächt, können wir verzichten!

b) Schöne Plätze – Bänke statt Banken

Großzügige Grün- und Freiflächen gerade im Innenstadtbereich sind für eine Stadt, die auf Tourismus setzt, aber auch für das kulturelle Leben unverzichtbar. Auch hier gehen uns immer mehr wertvolle Flächen verloren. Schöne Plätze, auf denen man sich auch ohne Konsumzwang vielleicht unter einen schattigen Baum setzen kann, sind Mangelware. Neidisch schaut man da auf die Bamberger Innenstadt. Ältere Mitbürger, die im Sommer einige Zeit an einem Platz verweilen oder sich bei einem Spaziergang zwischendurch ausruhen möchten, haben es sehr schwer in unserer Stadt. Ruhige Oasen sucht man vergeblich.

c) Lebensqualität

Lebensqualität wird nicht nur durch ein gesundes Stadtklima, eine soziale und ökologische Stadtplanung und den ÖPNV entscheidend beeinflusst, sondern auch durch die Qualität und den Preis kommunaler Dienstleistungen geprägt. DIE LINKE / Offene Liste steht für die Bereitstellung hochwertiger kommunaler Dienstleistungen zu vernünftigen Preisen in Verantwortung und Trägerschaft der Stadt Würzburg. Mit uns gibt es keine Privatisierungen kommunalen Eigentums! Wir lehnen Public-Private-Partnership-Projekte (PPP-Projekte), wie einst das Projekt Bürgerbüro mit ARVATO (Bertelsmann), ab.

2. 100 % Sozial – auch kommunal!

Von Arbeit muss man leben können – ohne Arbeit auch

Immer mehr Menschen sind auf die kostenfreien Lebensmittel der Würzburger Tafel oder auf Armenspeisungen angewiesen. In Würzburg gibt es 1312 Bedarfsgemeinschaften,

in denen 3210 Personen leben. Davon sind 2252 arbeitsfähige Leistungsempfänger, d.h., sie beziehen Arbeitslosengeld II und viele davon arbeiten, aber das Geld reicht nicht zum Leben.

■ Hartz IV entwürdigt und

entrechtet Erwerbslose.

- Hartz IV führt zur Verarmung.
- Hartz IV zwingt Menschen, ihr soziales Umfeld zu verlassen.
- Hartz IV entwertet Qualifikationen, übt Druck aus auf die Beschäftigten und zwingt diese, zu Armutslöhnen zu arbeiten. Es gibt ca. 70.000 Arbeitsplätze in Würzburg, ca. ein Drittel der Beschäftigten arbeitet in Teilzeit, in Minijobs, befristet oder in Leiharbeit.

Teilhabe am öffentlichen Leben

Auch Bürger mit kleinem Geldbeutel haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, ein Recht auf Bildung, Kultur, Mobilität, gesundheitliche Vorsorge. Wer aus dem Berufsleben ausgegrenzt ist, darf nicht auch noch sozial isoliert werden.

Erwerbslose, Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Bezieher von Grundsicherung, Rentner und Asylbewerber haben ein Recht auf Teilhabe am öffentlichen

Leben. Die Durchschnittsrente beträgt in Würzburg nur etwa 600 Euro. Alleinerziehende können oft nur in Teilzeit arbeiten. Die Familieneinkommen sind zu niedrig. Die Fahrkarte für öffentliche Verkehrsmittel müssen sich viele **tatsächlich „vom Munde absparen“**. Kino, Schwimmbad oder gar Theaterbesuche sind Luxus.

Soziale und kulturelle Grundversorgung für alle

Eine ausreichende Grundversorgung der Bevölkerung mit Gesundheitseinrichtungen, Bildungsmöglichkeiten, Verkehrsanbindungen, Kultur- und Freizeitangeboten bis hin zu Einkaufsmöglichkeiten muss in den Städten und Regionen gewährleistet werden.

a) Teilhabe am öffentlichen Leben für ALLE! – Der Würzburg-Pass

Der grundlegende Leitsatz in Deutschland ist der Artikel 1 im Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Alle Menschen haben, unabhängig von ihrem Einkommen, ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

Daher dürfen Bürger mit geringem Einkommen davon nicht ausgeschlossen sein. Erwerbslose, Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Bezieher von Grundsicherung, Rentner und Asylbewerber haben ein Anspruch auf Bildung, Kultur, Mobilität und gesundheitliche Vorsorge.

Wer weniger als die Hälfte verdient, soll auch nicht mehr als die Hälfte zahlen!

Auch in Würzburg gibt es viele finanzschwache Mitbürger. Die Durchschnittsrente beträgt in Würzburg ca. 600 Euro, Alleinerziehende sind meist teilzeitarbeitend. Die Anzahl finanzschwacher Mitbürger und Familien, deren Einkommen unter der deutschen Armutsgrenze von ca. 950 Euro liegt, nimmt zu. Diese müssen sich oft zwischen einem vollen Magen und einer Fahrkarte entscheiden.

Schon 2011 waren es 114 Städte und Gemeinden, sogar manche Regionen in ganz Deutschland, in denen es ein Sozialticket oder einen Sozialpass unter verschiedenen

Bezeichnungen und auch verschiedener Ausprägung gab. Mit der Stadt Würzburg vergleichbare Städte in Bayern, wie etwa Fürth und Regensburg und auch unterfränkische Kommunen, z.B. Aschaffenburg, hatten damals schon erkannt, dass es eine soziale Schieflage gibt und daraufhin ihren Bedürftigen durch die Einführung eines Sozialpasses die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben der Stadt erleichtert. Und es werden auch immer mehr Kommunen, zum Beispiel steht der Augsburger Pass kurz vor der Einführung.

Das Ziel des Würzburger Sozialpasses soll sein, dass alle Bevölkerungsschichten unabhängig von ihrem Geldbeutel in Würzburg am kulturellen Leben teilnehmen können. So könnten viele Kultureinrichtungen der Stadt mit in den Pass aufgenommen werden, wie das Mainfranken-Theater, die Kinos und freie Bühnen. Von der Stadt finanziell geförderte Kultureinrichtungen freier Träger sollen den Passinhabern zu ermäßigten Preisen zur Verfügung stehen.

Für Passinhaber muss gelten:

- Vergünstigung bei städtischen Einrichtungen wie dem Theater und freien, von der Stadt geförderten Kultureinrichtungen wie Kinos, freien Bühnen.
- Kostenloses Benutzen der Stadtbücherei. Auch bei allen anderen städtischen Einrichtungen wie z.B. Galerien und Museen ist nur der Kinderpreis zu zahlen.
- Diskriminierungsfreier Pass: Wir schlagen eine Verbindung mit dem Kulturpass und der Ehrenamtskarte vor. Der Passinhaber soll nicht sofort als finanzschwach diskriminiert werden.
- Der Pass ist kostenlos auszustellen und berechtigt zum Erwerb einer Monatskarte für die Großwabe (Stadtbereich) zum Preis von höchstens 20 Euro, sowie auch zum Erwerb von Einzelfahrkarten zum halben Preis. Dieser Betrag steht dem Bezieher von Grundsicherung monatlich als Regelbedarf für Mobili-

tät und Bildung zur Verfügung, also darf die Monatskarte dann nicht mehr kosten.

- b) Keine Benachteiligung der Kinder!

Elternarmut bedeutet Kinderarmut. Armut zu bekämpfen ist in erster Linie eine bundespolitische Aufgabe. Bis diese Aufgabe bewältigt ist, muss die Stadt durch kommunale Beihilfen die Situation der Kinder verbessern. Das kann beispielsweise über den Schulfonds oder einen Bekleidungszuschuss geschehen. Beiträge für Klassenfahrten, Vereine und vereinsentsprechende Kleidung sollen ebenfalls bezuschusst werden.

Das Schulesen muss aus regionalem, ökologischem Anbau kommen und von der Stadt bezuschusst werden. Es darf nicht sein, dass sich Einkommensunterschiede der Eltern an der Essensausgabe für Kinder bemerkbar machen.

- c) Gesundheitsfonds

Wir fordern die Einrichtung eines Gesundheitsfonds für finanzschwache Bürger. Wer

beispielsweise auf Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung angewiesen ist, kann sich oft die Zuzahlung von Medikamenten nicht leisten. Auch fehlt das Geld für die Anschaffung einer Brille oder für den Zahnersatz.

d) Gute Arbeit auch im Jobcenter

Seit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Januar 2005 ist das Jobcenter Ansprechpartner für Bürger, die Arbeitslosengeld II beziehen. Hier arbeiten die Stadt Würzburg und die Arbeitsagentur in gemeinsamer Verantwortung. DIE LINKE im Stadtrat hat sich dafür eingesetzt, dass dies auch so bleibt. Wichtig ist uns hierbei die Einstellung von gut ausgebildetem Personal, das selbst nicht gezwungen ist, unter prekären Bedingungen zu arbeiten.

e) Arbeiten in Würzburg

Auf dem Arbeitsmarkt ist die Bilanz der Agenda 2010 verheerend: Unbefristete Arbeitsverträge mit tariflicher Bezahlung werden zurück gedrängt. Leiharbeit, Befristun-

gen, Werkverträge, Minijobs und schlecht abgesicherte Selbstständigkeit ersetzen tarifgebundene Vollzeitstellen. Über 20 % der Beschäftigten arbeiten mittlerweile im Niedriglohnsektor.

Fast alle Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass die Beschäftigten von der Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen werden und dass Arbeit nicht mehr vor Armut schützt. In Würzburg gibt es etwa 70.000 Arbeitsplätze, ca. ein Drittel der Beschäftigten arbeitet in Teilzeit, in Minijobs, befristet oder in Leiharbeit.

DIE LINKE / Offene Liste fordert:

Minilöhne, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und der Einsatz von Leiharbeit in der Kommune widersprechen dem Ziel einer sozialen Stadt und sind deshalb inakzeptabel. Unbefristete, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sind eigentlich selbstverständlich. Minijobs in öffentlichen Einrichtungen, bei städtischen Betrieben oder solchen mit kommunaler Beteiligung sind daher grund-

sätzlich abzulehnen. Am dringlichsten ist die Sicherung und der Ausbau von Arbeitsplätzen in den Bereichen Bildung, Kultur, Jugend und Soziales. DIE LINKE / Offene Liste will die verdeckte Förderung von Niedriglöhnen in der Kommune verhindern. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist konsequent zu kontrollieren, ob sich die Unternehmen an das tarifliche Arbeitsentgelt und die sozialen Vorgaben halten. DIE LINKE / Offene Liste setzt sich für ein Tariftreue- und Vergabegesetz ein.

f) Wohnen ist Menschenrecht

DIE LINKE / Offene Liste will bezahlbaren Wohnraum erhalten und neu schaffen. Hierfür ist auch in Würzburg die Einrichtung weiterer kommunaler Wohnungsbauunternehmen denkbar. Notwendig ist eine langfristige Mietpreisbindung für öffentlich geförderte Wohnungen. Nur so stehen diese bezahlbaren Wohnungen dauerhaft zur Verfügung. Gerade die Erschließung des ehemaligen Kasernengeländes am Hubland bietet hier eine große Chance, sozialen Wohnungs-

bau und die Schaffung von Studentenwohnungen voranzutreiben. DIE LINKE fordert die korrekte Berechnung der Miete. Pauschalisierungen lehnen wir ab! Widersprüche müssen schneller bearbeitet werden.

Dafür setzen uns ein:
Stadtbau als Tochter der Stadt!

- Eine ausreichende Anzahl kommunaler bezahlbarer Wohnungen. Hierfür sind kommunale Investitionen und möglicherweise auch Subventionen notwendig, nicht zuletzt um Obdachlosigkeit zu vermeiden und auch für finanzschwache Bürgerinnen und Bürger ausreichend Wohnungen bereitzustellen.
- Familienfreundliches Wohnumfeld muss geschaffen werden, wie z.B. durch die Einführung von Spielstraßen. Die Bürger müssen in Entscheidungen zu ihrem Stadtteil mit einbezogen werden.

Wir lehnen ab:

- Gentrifizierung in Würz-

burgs Stadtteilen

- Privatisierungen
- Luxussanierungen
- Verdrängung alteingesessener Mieter

g) Energieversorgung

Bei steigenden Energiepreisen muss über einen Sozialtarif für Strom und Gas nachgedacht werden. Vom Bundesverband der Energieverbraucher gibt es ein ausgezeichnetes Sozialmodell, das leicht umzusetzen ist und gleichzeitig Energiesparen belohnt.

h) Soziales Miteinander

DIE LINKE / Offene Liste wird sich im Stadtrat für ein verstärktes Miteinander einsetzen. Es sollte keine Gruppen geben, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Nach der Sicherheitsverordnung und Sicherheitssatzung der Stadt Würzburg ist es **grundsätzlich verboten** „zu betteln in jeglicher Form“.

DIE LINKE / Offene Liste fordert deshalb die uneingeschränkte Abschaffung des Bettelparagraphen sowie ei-

nen gesellschaftlichen Diskurs über die Gefährlichkeit der damit verbundenen Ächtung. Armut ist keine Schande! (Zumindest nicht für die Armen – allenfalls für die Reichen).

Straßenmusiker müssen zurzeit in Würzburg eine kostenpflichtige Bescheidgebühr von **5 € pro Tag für eine Ausnahmegenehmigung** entrichten. Diese Ausnahmegenehmigung kann auf maximal drei Tage verlängert werden. Darüber hinaus werden täglich auch nur fünf Ausnahmegenehmigungen erteilt.

DIE LINKE Offene Liste Würzburg fordert die Abschaffung dieser Ausnahmegenehmigungen, da sie Kunst und Lebenskunst unnötig bürokratisieren und gerade solchen Menschen Geld abnehmen, die ohnehin nicht viel haben. **5 € müssen erst einmal** eingenommen werden!

Kommunale Vermisstensstelle

Es besteht ein weitverbreitetes Desinteresse an der Not von Vermissten, z.B. ausgerissener Kinder und Jugendli-

cher, Demenzkranker, die ihren Weg nicht mehr finden, entführter Personen und deren Angehörigen.

Unser Ziel ist: Die Stadt Würzburg sollte in ihrer Sozialbehörde Mitarbeiter als Vermissten-Berater aus- bzw. weiterbilden. Dieser Job muss im Aufgabenkatalog der Sozialbehörde ausgewiesen und Ansprechpartner für Betroffene sein. Darüber hinaus sollte eine Homepage existieren, auf der aufgeklärt wird und Suchmeldungen veröffentlicht werden. Die Aufgaben eines Vermissten-Beraters umfassen:

- Beratung über Möglichkeiten der Selbsthilfe, also der eigenen Suche nach Vermissten.
- Vermittlung von Fachleuten, Psychologen, Schulden- oder Medienberatern.
- Beratung für Arbeitgeber, Banken, Krankenkassen und Versicherung.
- Beratung der Angehörigen.

Repair-Café

In Europa werfen wir Unmen-

gen von Gegenständen weg. Ein Repair-Café kann dies zumindest in Würzburg verändern. Hier findet ein wertvoller praktischer Wissensaustausch statt. Viele Gegenstände sind auf diese Weise länger brauchbar und werden nicht weggeworfen. Die Grundstoff- und Energiemenge, die für die Herstellung neuer Produkte erforderlich ist, wird somit gespart. Das gilt auch für die CO₂-Emissionen. Denn bei der Herstellung neuer Produkte und beim Recycling wird CO₂ frei gesetzt.

Repair-Cafés sind ehrenamtliche Treffpunkte, bei denen die Teilnehmer alleine oder gemeinsam mit anderen ihre kaputten Dinge reparieren. An den Orten, an denen das Repair-Café stattfindet, ist Werkzeug und Material für alle möglichen Reparaturen vorhanden. Vor Ort sind auch Reparaturexperten zugegen: Elektriker, Schneider, Tischler und Fahrradmechaniker. Die Besucher bringen defekte Gegenstände von zu Hause mit. Im Repair-Café machen sie sich dann gemeinsam mit einem Fachmenschen an die

Arbeit. Man kann dort eine Menge lernen. Wer nichts zu reparieren hat, trinkt nur eine Tasse Kaffee oder Tee oder man hilft jemand anderem bei der Reparatur.

DIE LINKE fordert deshalb für Würzburg die Einrichtung eines Repair-Cafés mit Förderung durch die Kommune.

i) Dispozinsen senken

Kreditinstitute – auch die Sparkassen – reichen die billigen Kredite, die sie von der Europäischen Zentralbank bekommen, nur eingeschränkt an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiter. Das Problem ist nicht neu: Seit Jahren passen Kreditinstitute ihre Kreditzinssätze nur teilweise und stark verzögert oder gar

nicht an sinkende Leitzinssätze an. Das gilt besonders für die ohnehin vergleichsweise teuren Dispositions- und Überziehungskredite. Diese sind besonders problematisch, weil viele Menschen diesen Kleinkredit dauerhaft nutzen. Hauptgrund dafür ist der Versuch, Einkommenseinbußen, die etwa mit Erwerbslosigkeit einhergehen, auszugleichen. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher sind finanziell nicht in der Lage, zeitnah aus ihrem Dispositionskredit herauszukommen.

So fordert DIE LINKE / Offene Liste in Würzburg auch eine Senkung der Dispozinsen der Sparkasse Mainfranken Würzburg!

3. Finanzen

Zum dauerhaften Erhalt der kommunalen Infrastruktur müssen alle Kommunen ausreichend finanziert werden.

„Eigenes Geld“ in Form der Gewerbesteuer ist erforderlich zur Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte. Zusätzlich verlangen wir vom

Freistaat Bayern, mehr Landesmittel für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung zu stellen.

Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand. Die Leistungen der Daseinsvorsorge sollen durch die Stadt selbst erb-

racht werden. Wasserversorgung, Entwässerung, Abfallwirtschaft und lokale Energieversorgung müssen unter demokratischer Kontrolle bleiben. Alle Möglichkeiten der Rekommunalisierung privatisierter Unternehmen müssen ausgeschöpft werden. Wenn städtische Betriebe privatrechtliche Unternehmensstrukturen besitzen, ist die Rückführung dieser Betriebe

in hundertprozentiges Kommunaleigentum anzustreben.

Wir fordern eine sozial orientierte Rekommunalisierung!

Ellenbogenpolitik und die Standortlogik „wir gegen die anderen“, wie sie z.B. in der fortlaufenden Unterbietung der Gewerbesteuerhebesätze zum Ausdruck kommt, lehnt DIE LINKE / Offene Liste ab.

4. Ökologische Kommunalpolitik in Würzburg

Ökologie ist uns nicht nur eine Herzensangelegenheit, sondern sie ist heute auch eine Notwendigkeit zum Selbstschutz für uns und für künftige Generationen! Würzburg liegt in einem Talkessel, daher ist sein Mikroklima besonders sensibel. Die Stadt ist von den Auswirkungen der Klimaveränderung und von den Folgen der Feinstaubansammlung zunehmend betroffen. Laut neuesten Untersuchungen gehört Würzburg zu den vom Feinstaub am höchsten belasteten Städten Bayerns. Mediziner mahnen dringend eine Reduzierung des Feinstaubes

an, da dieser die Gesundheit sogar weit mehr schädigt als bisher angenommen.

Unsere Ziele für Würzburg:

- Keine weitere Reduzierung des Sauerstoff produzierenden Baumbestandes in der Innenstadt!
- Wo immer möglich, soll eine Renaturierung und Neubegrünung – wie in anderen Städten längst auf den Weg gebracht – durchgeführt werden. Besonders unser Marktplatz braucht dringend neue Formen der Bepflanzung.

- Sogenannte Luftschneisen und Kühlungsinseln müssen in der belasteten Stadt geschaffen und erhalten werden.
- Tempo 30 im Stadtkern und in den Wohngebieten.
- Renaturierung der städtischen Bäche soweit wie möglich.
- Weitere Versiegelung von Grünflächen (auch im Hinblick auf unser Grundwasser) ist zu vermeiden.
- Öffentliche Plätze und Spielplätze sind mit viel Baum- und Buschbestand zu gestalten.
- Alle Möglichkeiten einer CO₂-sparenden Mobilität müssen im Innenstadtbereich gezielt verstärkt werden. Gerade die veralteten Stadtbusse sollten erneuert, „Park and Ride“ mit Elektromobilen und ein verbessertes Fahrradwegenetz durchgesetzt werden.
- Öffentliche und private Unterstützung von Initiativen wie Urbanes und Gemeinschaftsgärtnern und

Fassadenbegrünungen.

- Entsprechend dem **ethischen Gebot einer „Bewahrung unserer Lebensgrundlagen“ wollen wir in der Kommune alle Belange des Natur- und Tierschutzes unterstützen.**
- Erhaltung aller noch vorhandenen städtischen Gärten und Grünflächen!
Beispiel „Platz'scher Garten“ / Benediktiner Areal.
- Erhaltung der baumbestandenen, weitgehend unversiegelten Fläche als **„Gebiet für Gemeinbedarf“**. Keine Umwandlung in Baugelände für Luxuswohnungen.

Naturschutz und Tierschutz sind Menschenschutz

Die heutige Massentierhaltung sorgt oft für Skandale. Durch den massiven Fleischkonsum wurde die Tierhaltung industrialisiert und Tiere immer mehr zur Ware degradiert. Ein großer Teil der CO₂-Emissionen sind auch auf Massentierhaltung zurückzuführen. 90 % der Sojaernte und mehr als die Hälfte des

Getreides werden als Tiernahrung verwendet, anstatt damit Hunger zu bekämpfen.

DIE LINKE / Offene Liste stellt sich daher die Frage, wie man Fleischkonsum auf kommunaler Ebene reduzieren und den Tieren ein artgerechtes Leben ermöglichen kann.

- Vegetarische und vegane Speisen müssen auf städtischen Empfängen, Events und in kommunalen Küchen wie Schulküchen und Kantinen selbstverständlich angeboten werden. Die verwendeten Lebensmittel sollen fair gehandelt und biologisch angebaut sein.
- Häuser, Hausdächer, Innenhöfe, Anlagen und Straßen sind intensiv zu begrünen, um für Tiere in der Stadt Lebensräume zu schaffen.
- Bei Neubauten ist an die Anlegung von vertikalen Gärten und großen geschützten Innenhöfen zu denken. Dies würde die Selbstversorgung der Bürger mit Obst und Gemüse

ermöglichen (siehe urbane Gärtner).

- Kreative Tier- und Naturschutzprojekte (z.B. die Kinder- und Jugendfarm) sind von der Stadt ideell, gegebenenfalls auch finanziell zu fördern und an die richtigen Ansprechpartner zu vermitteln. Hier muss insbesondere den Stadttauben ein artgerechtes Leben und eine artgerechte Fütterung ermöglicht werden. Dafür ist auch das Taubenfütterungsverbot zurückzunehmen.
- Tierschutzprojekte, gegebenenfalls Vorträge, Workshops und AGs sind an den kommunalen Schulen und Kindergärten zu fördern.
- Wir fordern auch für Würzburg, ausgewiesene Ruhe-zonen und Landschaftsschutzgebiete auszuweiten und die Dauerbeleuchtung an den Baudenkmalern zum Schutz der Insekten einzuschränken.
- Verpflichtende Vogel-schutzmaßnahmen bei Glasfassaden.

5. Kommunale Verkehrspolitik

Umweltbewusst und fair in Fahrt kommen – ÖPNV stärken!

Angesichts des demografischen Wandels und der wachsenden Umweltbelastungen ist ein Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zwingend. Flächendeckende, benutzerfreundliche und für jeden bezahlbare Mobilität ist unverzichtbar für die Abkehr vom Auto. Mittel- und langfristig wird der PKW-Verkehr abnehmen und alternative Konzepte wie Car-Sharing werden an Bedeutung gewinnen. Doch für diese Zukunft müssen bereits heute die Weichen gestellt werden. Dazu bedarf es sozialer Tarife, attraktiver Taktzeiten und der Verfügbarkeit auch in den Randzeiten und für alle Wohngebiete. Fehlinvestitionen wie bei den Planungsfehlern der Linie 6 müssen vermieden werden. In allen öffentlichen Verkehrsmitteln sind mehr und zudem leicht erkennbare Sitzplätze für gehandicapte Personen nötig. Die Fahrpläne sollten so aufgehängt werden, dass sie für jeden gut sichtbar sind. Zu dem brauchen sie

eine bessere Beleuchtung, was in einer Stadt mit vielen Sehbehinderteneinrichtungen dringend vonnöten ist. Gerade an Mehrfachhaltestellen sollten überall elektronische Anzeigen angebracht werden. Zudem setzt sich DIE LINKE / Offene Liste für mehr Haltestellen ein, damit vor allem gehbehinderte Menschen nicht so lange Wege zurücklegen müssen.

Straßenbahnnetz bedarfsgerecht und mit Planungslogik ausbauen

DIE LINKE / Offene Liste ist einem sinnvollen Erweiterungskonzept der Straßenbahn aufgeschlossen. Gerade die Verlängerung der Linie 5, um auch die Uniklinik und speziell das ZIM und ZOM gut erreichbar zu machen, hat für uns oberste Priorität. Die Linie 6 ins Frauenland ist eines der ehrgeizigsten Zukunftsprojekte der Stadt Würzburg. Mit der Neugestaltung des Hublandes als neuem Stadtteil, der nicht nur für Studierende neuen Wohnraum bieten soll, wird das Frauenland als Ganzes in wenigen Jahren mit einer Ein-

wohnerzahl von weit über 20.000 größter Würzburger Stadtteil werden. Doch bereits heute platzen die Buslinien vom Hubland in die Stadt trotz vergleichsweise guter Taktung aus allen Nähten. Ohne Straßenbahn müssten die Busse zukünftig fast minütlich starten und würden in Folge die Straßen so stark beschädigen, dass auf Stadt wie auf Anwohner eine Kostenlawine zukäme. Zudem würden mehr Menschen mit dem Auto in die Stadt fahren, was angesichts der bereits bestehenden hohen Feinstaubbelastung problematisch wäre. Die Stadt muss daher den Bau der Linie 6 zügig vorantreiben und sich ebenfalls zur Finanzierung bekennen. Dem Versuch der CSU, FDP und der WL, die Kosten vollständig der WVV aufzuschultern, muss entschieden entgegengetreten werden, da dies unweigerlich zu drastischen Fahrpreiserhöhungen führen würde.

Die Planungsfehler beim bisherigen Streckenverlauf gilt es umgehend zu beheben. Dabei müssen besonders die An-

wohner angehört werden, für welche die Kostenbeteiligung aufgrund ihres geringen Einkommens eine unzumutbare Belastung darstellt. Hier ist in Einzelfällen zu prüfen, ob nicht eine Änderung der Trasse günstiger wäre, etwa im Bereich der Trautenauer Straße. Die gesamte Planung der Straßenbahn darf jedoch nicht verworfen werden, da die favorisierte Streckenvariante nicht nur relevante Verkehrsknotenpunkte (Bahnhof, Sanderring, Südbahnhof), die wichtigsten Universitätszentren (Residenz, Sanderring, Wittelsbacherplatz und natürlich Hubland-Nord und -Süd), viele Schulen sowie bedeutende kulturelle Zentren (u.a. Theater, Residenz, Mozartareal) erschließt, sondern auch dort verläuft, wo die meisten Menschen wohnen bzw. wohnen werden. Als sinnvolle Ergänzung des Straßenbahnnetzes sollte hierbei der „**Ringschluss**“ am Sanderring verwirklicht werden.

DIE LINKE / Offene Liste steht an der Seite der Menschen, die auf den ÖPNV an-

gewiesen sind. Sie befürwortet aus sozial-ökologischen Gründen den Bau der neuen Straßenbahnlinien und deren Finanzierung durch die Stadt, jedoch sind für die möglicherweise unvermeidbare Reduzierung des Baumbestandes zwingend Ausgleichsflächen in unmittelbarer Nähe zu bepflanzen.

Wir fordern einen sozial, aber auch ökologisch abgestimmten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, besonders der Straßenbahnlinien zur Uniklinik und ins Frauenland!

„Tunnellösung der A3 am Heuchelhof“

In Hinblick auf den kommenden Bürgerentscheid zur „Tunnellösung“ im April 2014 ist es für DIE LINKE / Offene Liste wichtig, dass Kosten und potentielle Belästigungen für Anwohner genau geprüft sowie völlig transparent veröffentlicht werden. Es darf nicht zum Wohle einiger weniger entschieden werden.

Siligmüllerbrücke

Wir fordern, dass die Siligmül-

lerbrücke umgehend gebaut wird, denn sie dient der Entlastung des vom Mittleren Ring kommenden Autoverkehrs hin in die Innenstadt. Die einzig momentan bestehende Möglichkeit zur Überquerung der Bahnlinie ist eine Brücke, die direkt vom mittleren Ring in die Rottendorfer Straße führt. Diese ist bereits sehr marode und muss laut Stadtbauamt in Kürze erneuert werden. Durch die Rottendorfer Straße fahren momentan täglich ca. 20.000 Fahrzeuge.

Zukünftig wird diese Straße durch die im Jahre 2018 stattfindende Landesgartenschau im Hubland noch stärker belastet werden.

Fahrradsituation

Das Radfahren stellt einen zunehmend wichtigeren Teil des innerstädtischen Verkehrs dar. Die emissionsfreie Art der Fortbewegung gewinnt in Zeiten einer ungeklärten Klimaproblematik zunehmend an Relevanz. Die Zunahme kardiovaskulärer Erkrankungen ist nicht nur der Ernährung, sondern auch einem

Mangel an Bewegung geschuldet. Der Feinstaubbelastung gerade in trockenen Sommermonaten könnte mit einem zukunftsfähigen Radwegenetz ausgezeichnet entgegengewirkt werden. Es ist geradezu fahrlässig, das Potential der nicht motorisierten, innerstädtischen Fortbewegung hinter Lobbyinteressen zurückzustecken. Auch ist nicht zu leugnen, dass auf das Auto ausgelegte Verkehrswege enorme finanzielle Summen schlucken und die Attraktivität einer Stadt stark beeinträchtigen. Die Flächen, die dafür aufgewandt werden, den Fahrzeugen Platz zum Stehen und Bewegen zu bieten, sind über alle Maßen ausgefert. Dem Vernichten von Grünflächen könnte mit einem Umdenken vorgebeugt werden, weiter könnte man hier neue Wege der Wiederbegrünung begehen.

Die in Würzburg herrschende Situation für Radfahrer lässt niemanden gerne aufs Auto verzichten, um Einkäufe zu erledigen oder den Weg zur Arbeit zu bewältigen. Die Ver-

säumnisse in Würzburg, dem Fahrradfahren zu einem neuen Stellenwert zu verhelfen, sind groß und nicht länger hinzunehmen. Der nachhaltige Umbau der Verkehrssituation zu einer fahrradfreundlichen Stadt muss zum Wohle aller vorangetrieben werden.

Die bisherigen positiven Ansätze sind natürlich zu würdigen, jedoch bei weitem nicht konsequent genug. Die Autofahrt zum Radweg in der Balthasar-Neumann-Promenade Richtung Ottostraße wurde mit Markierungen verbessert, gestaltet sich durch das dort befindliche Kopfsteinpflaster bei nassem Wetter aber nach wie vor als sehr ungemütlich. Dies trifft natürlich auch in anderer Richtung beim Auffahren auf den Residenzplatz zu. Es wird hektarweise historischer Straßenbelag für den Autoverkehr mit Asphalt versiegelt, zehn Quadratmeter für einen sicheren Radverkehr sollten sich hier nicht als Hindernis erweisen.

Die Situation an der Löwenbrücke muss massiv verändert, der motorisierte Verkehr

hinter dem Rad zurückgestellt werden. Der Radweg von der Löwenbrücke kommend endet plötzlich, Mischwege, die an dieser Stelle von Fahrrädern und Fußgängern gleichzeitig benutzt werden sollen, behindern das Fortkommen massiv und verunsichern zudem alle Beteiligten. Der Radweg am Röntgenring muss bis zum Berliner Ring ausgebaut werden. Fläche hierfür ließe sich aus den noch bestehenden Parkmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge gewinnen. Es müssen im gesamten Stadtgebiet konsequent durchgängige Hauptachsen für Radfahrer geschaffen werden, die so befahrbar sind, dass eine Gefährdung der Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen wird. Dies ist unter den derzeitigen Bedingungen nicht gegeben. Unklare Situationen sind überall anzutreffen, ein schlüssiges Konzept nicht. Der einzig richtige Weg ist es, dem Radfahren eine klare Identität zu schaffen, hinter dem der Kraftfahrzeugfluss im Zentrum zurücksteckt. Klar geregelte Verhältnisse wie bspw. das Ausweisen von

Fahrradstraßen wären hier erste sinnvolle Schritte. Die eingeschränkte Nutzung der Sander- und Münzstraße für den motorisierten Verkehr ist ein praktikabler Ansatz, ein schlüssiges Konzept zu etablieren, das mittelfristig jedem Bürger und jeder Bürgerin dieser Stadt zu Gute kommen wird.

Das krampfhaft an der idealen Autostadt festhalten ist ein gescheiterter Plan, von dem immer mehr fortschrittliche Städte und Kommunen abweichen. Es ist notwendig, diesen Weg auch in Würzburg konsequent zu beschreiten. Die Forderung nach einem möglichst uneingeschränkten Kraftfahrzeugverkehr schränkt die Freiheit der Bewohner der Stadt in einem nicht tolerierbaren Maß ein.

6. Bildungspolitik als kommunale Aufgabe

Bildung ist weit mehr als nur Schule. Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Ihr Besuch soll von Anfang an kostenfrei sein. Der Bau von Krippen und Kindergärten muss weiter gehen, bis der örtliche Bedarf gedeckt ist. Dieser ist bedarfsgerecht und flexibler zu gestalten. Gerade in den Tagesrandzeiten, also vor acht und nach siebzehn Uhr geöffnete Kitas sind vor allem für Alleinerziehende wichtig. Schulsanierungen der teils maroden Gebäude der 60er und 70er Jahre unserer Stadt dürfen nicht weiter verschoben werden. Container als Ersatzräume sind absolute Notlösungen (z.B. Gustav-Walle-Schule) und schnellstmöglich zu ersetzen und Sport- und Spielflächen sind ausreichend bereit zu stellen. Die verbliebenen schuleigenen Schwimmbäder sollten renoviert und erhalten werden, um den Schwimmunterricht von Schulen und Vereinen zu gewährleisten.

Der Freistaat Bayern muss seiner Verantwortung nachkommen und die Umsetzung der Lehrplanerneuerungen

(mit besonderen Anforderungen an Räume und Lehrmittel) durch staatliche Mittel unterstützen.

Konkret heißt dies:

- Ein Ausbau von flächendeckenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder nicht erst ab dem 3. Lebensjahr.
- Eine bedarfsgerechte Anpassung des Angebots an nachmittäglicher Betreuung im Schulalter.
- Zusätzliches pädagogisches Personal, um die Schullaufbahn optimal zu betreuen.
- Wichtige Renovierungen an den Schulen der Stadt sind umgehend in die Wege zu leiten.
- Zeitgemäße Ausstattung der Schulen der Stadt, inklusive einer Schulung des Lehrpersonals in den modernen Medien.
- Einkommensunterschiede der Eltern dürfen sich nicht an der Essensausgabe für Kinder bemerkbar machen. Daher fordern wir die Subvention des Schulessens.

Keine Bundeswehr an
Würzburger Schulen

Der verstärkte Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen ist nur im Zusammenhang einer Umstrukturierung der Bundeswehr und einer Umdeutung ihrer Aufgaben zu sehen. DIE LINKE / Offene LISTE ist gegen ihre Verwendung im Inneren und gegen die verstärkte zivilmilitärische Zusammenarbeit.

Die Schule sollte ein Ort sein, an dem weder einseitige Meinungsmache betrieben wird, noch Schüler für den Krieg angeworben werden. (SchulG, § 2, Abs. 6, Satz 3 „Schülerinnen und Schüler dürfen nicht einseitig beeinflusst werden.“). **Schule ist ein Ort, an dem objektives Wissen ver-**

mittelt werden sollte. Nicht der Bundeswehrosoldat sollte **Schülern Wissen zur „Sicherheitspolitik“** vermitteln, sondern beispielsweise Geschichts- und Politiklehrer. Der Beutelsbacher Konsens legt die Minimalbedingungen für politische Bildung fest. Daraus gehen drei Grundprinzipien für den Politikunterricht hervor, von denen einer besonders hervorsticht: das **Überwältigungsverbot: „Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbständigen Urteils‘ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination.“**

7. Kulturpolitische Veränderungen in Würzburg

Die im Grundgesetz zugesicherte Kunstfreiheit muss vor allem dort, wo das Kunst machen stattfindet, auf eine angemessene Art und Weise umgesetzt werden. Kunstfreiheit heißt nicht, von Kapitalinteressen anderer abhängig zu

sein, denn Kunst hat einen Eigenwert, keinen kommerziellen, in Quoten gemessenen Tauschwert. Unsere Kultur darf nicht weiterhin nur von kapitalstarken Investoren bestimmt werden, sondern es braucht ein entsprechendes

Gegengewicht zum
Mainstream in allen Bereichen
der Künste.

Fundamentale Änderung
der Kulturförderrichtlinien

Der Begriff Förderung bedeutet (analog zur Ölförderung) „Helfen, es zu Tage zu bringen“ und im weiteren Sinne „Wertschöpfung“. Es braucht eine intelligenterere Kulturförderung, die nicht nur Einzelaktionen bevorzugt, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen hervorruft, da es z.B. viele Menschen gibt, die Musik live von echten Musikern noch nie gehört haben, oder kaum in Kontakt mit bildenden Künstlern waren. Außerhalb von Konzertsälen findet kaum mehr Musik statt. Das Kunstgeschehen sollte nahe am Menschen sein. Dies könnte man erreichen, indem

- Kunstschaffende in Schulen unterrichten,
- Livemusik in der Gastronomie gefördert wird und
- kleine kulturelle Aktionen vermehrt im Zentrum stattfinden.

Die Kulturförderung sollte

nicht erst nach drei Jahren Wohnsitz in Würzburg gewährt werden, sondern umgehend nach einem Wohnsitzwechsel nach Würzburg. Insbesondere für Studierende ist die Frist ein großes Hindernis.

Darüber hinaus muss die Förderung an die verschiedenen Künste angepasst werden. Für Film, Musik, Tanz, Schauspiel und bildende Kunst müssen spezielle Förderrichtlinien ausgearbeitet werden.

Kulturstadt Würzburg?

Kulturstadt kann sich eine Stadt erst dann nennen, wenn sie sowohl für die Bevölkerung wie auch für die Kunstschaffenden attraktiv genug ist.

Kunstschaffende sollen von einer Kulturstadt angezogen werden und hier bleiben wollen. Sie müssen zum einen ein gutes Einkommen erzielen können und zum anderen auch die Möglichkeit haben, interessante Projekte durchführen zu können. Leider ist Würzburg für viele Kunstschaffende nur eine Zwischenstation, da man hier kaum Verdienstmöglichkeiten vorfinden kann. Dies schlägt sich auf die

Künstlerszene nieder und das auch wiederum auf das kulturelle Angebot in Würzburg.

Somit kann Würzburg nur eine Kulturstadt sein, wenn sie eine starke Künstlerszene besitzt, die auch ein starkes kulturelles Wirken hat. Ein Kulturleitbild sollte für Würzburg entworfen werden, das eine Stärkung der regionalen Künstler und kulturelle Einrichtungen wie auch die freie Szene zur Folge haben wird.

Kulturleitbild

Ein Kulturleitbild sollte als Richtlinie für die kulturelle Szene dienen. Diese besteht aus Fragen, die sich Szene und Stadt stellen und gemeinsam ausgearbeitet werden. Diese Fragen sind seit Jahrzehnten überfällig und sollten umgehend in den Konsens der Szene und Stadt gelangen, sodass die Lösung der Fragen schnellstmöglich erarbeitet werden kann.

Beispiel: Eine Bühne für zeitgenössische Pop-, Jazz- und Weltmusik

Seit 100 Jahren gibt es die Tradition der amerikanischen

Kunstmusik, den Jazz. Diese Entwicklung hat uns erst die Band als solches und alle Entwicklungen, die daraus resultieren, mit sich gebracht. Ohne die Entwicklung des Jazz, die den Beat in die Welt gebracht hat, gäbe es Rock- und Popbands nicht, die wir alle schätzen. Jazz ist nicht der Begriff einer einzigen Musikrichtung, die vornehmlich auf Swing oder Mainstreamjazz zurückzuführen ist, sondern ein Oberbegriff für viele Musikrichtungen, die vornehmlich nicht der europäischen Musiktradition entsprechen, zum Großteil nicht notengebunden ist und einen hohen Grad an stilgebundener Improvisation besitzt. Da wir seit 1988 einen Jazzstudien-gang in Würzburg besitzen, ist es höchste Zeit, eine Bühne für Jazz in Würzburg bereitzustellen.

Das Mainfrankentheater

Das Dreispartentheater Würzburgs ist eine Bereicherung für das kulturelle Leben unserer Stadt.

Für die Phase der Umbaumaßnahmen müssen geeignete

te Räumlichkeiten gefunden werden, damit der Spielbetrieb unterbrechungsfrei aufrecht erhalten werden kann. Im Stadtgebiet finden sich zahlreiche Objekte, die als Ausweichspielstätten dienen könnten. Hier muss der Stadtrat 2014 endlich aktiv werden! Die Arbeitsverträge der Beschäftigten müssen familienfreundlich und tarifgerecht gestaltet werden.

Erhaltung des Mozartareals / MOZ

In Würzburg werden öffentliche, gemeinnützig genutzte Räume dringend gebraucht. Es gibt für Künstler, für politische und studentische Organisationen wie für Vereine kaum Räumlichkeiten, die genutzt werden können, ohne dass Konsumzwang herrscht. Das MOZ bietet die Gelegenheit, diese Räume bereitzustellen. Die Räumlichkeiten könnten genutzt werden als Proberäume für Pop-, Jazz- und Klassikensembles, als Ateliers, für Podiumsdiskussionen, Sportvereine, Schauspielensembles, freie Musiklehrer etc.

Die bereits bestehenden Grünflächen sind für das Mikroklima der Stadt mit der derzeitigen Feinstaubbelastung unverzichtbar. Daher können wir es nicht akzeptieren, dass das MOZ für den Einzelhandel und für Luxuswohnungen genutzt wird.

Kulturmanager

Wir fordern einen Kulturmanager für die Stadt Würzburg. Er wäre für die Stadt Würzburg im Gesamten eine große Unterstützung. Dieser entlastet Kunstschaffende, da er ihnen Arbeit abnimmt, die nicht in deren Expertisenbereich liegen.

Dessen Aufgaben bestehen aus:

- Herstellung von Verbindungen zwischen Unternehmen, Stadt und weitere Fördermöglichkeiten sowie den Kunstschaffenden herstellen.
- Akquirierung von Geldern für Projekte, Erschließung von „Geldtöpfen“.
- Ratgeber für Finanzierungs- und Marketingfragen sein.

■ Funktion eines Bindeglieds zwischen Veranstalter und Künstler.

■ Ausfüllung formaler Aufgaben wie schwierig zu bewältigende Anträge.

8. Bürgernähe und Transparenz: Nah am Bürger

a) Livestream

Kommunale Politik muss immer transparent und deshalb öffentlich zugänglich sein. Wir wollen erreichen, dass öffentliche Stadtratssitzungen per „Livestream“ im Internet übertragen werden und jederzeit in einer Mediathek abrufbar sind.

b) Rederecht für Bürger bei den Stadtratssitzungen

DIE LINKE / Offene Liste fordert mehr Demokratie im Stadtrat! Es ist in der LINKEN eine Selbstverständlichkeit, bei Parteitreffen Gästen das Rederecht zu erteilen. So können Menschen, die keiner Partei beitreten wollen, dennoch an Diskussionen teilhaben und politisch wirken.

Wieso in öffentlichen Stadtratssitzungen den Bürgerinnen und Bürgern kein Rederecht gewährt wird, ist nicht zu verstehen! Bei allen Be-

schlüssen sollte das Wohl der Bürgerinnen und Bürgern im Mittelpunkt stehen. Wieso sollte er deshalb kein Rederecht erhalten, wenn dieses Wohl gefährdet erscheint?

Hierzu gehört auch, dass Bürgerinnen und Bürgern bei Stadtratssitzungen zur Information vor dem Ratssaal Plakate oder Transparente aufstellen und Flyer verteilen dürfen.

c) Stadtbildkommission / Büro für Bürgerbeteiligung

Die Gestaltung des Stadtbildes muss auch durch Bürgerbefragung mitbestimmt werden. Die Stadtbildkommission ist mit engagierten sachkundigen Würzburger Bürgerinnen und Bürgern zu besetzen, sofern sie nicht überhaupt abgeschafft werden sollte. Missratene bauliche Gestaltung wie am Oberen und Unteren

Markt kann in Zukunft auf diese Weise vermieden werden.

In Würzburg ist ein Büro für Bürgerbeteiligung (BfB) einzurichten, welches auch die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürgern in stadtrelevanten Planungsprozessen einbezieht. Somit wird das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihr Umfeld gestärkt.

d) Transparenz in der Verwaltung

Wir fordern einen Antikorruptionsbeauftragten, der dem Stadtparlament und nicht nur der Verwaltung mindestens einmal im Quartal berichten muss.

Alle Stadträte haben ihre Beschäftigungsverhältnisse offen zu legen. Beschlussvorlagen und Beschlüsse aller Stadtratsitzungen inklusive der Ausschüsse sollen zur Information der Bürgerinnen und Bürger in allgemein verständlicher Sprache und nicht in Amtsdeutsch abgefasst werden.

In diesem Zusammenhang

muss es einem jeden Bürger möglich sein, die Entscheidungen über den Haushalt der Stadt erfragen und nachvollziehen zu können. Auch ist es wichtig, dass die Schattenhaushalte offengelegt werden, um eine Finanztransparenz in Würzburg zu erreichen.

e) Linke Kommunalpolitik – ansprechbar und transparent

Wir sind offen für die Anliegen aller Menschen, die ein Interesse an fortschrittlicher und solidarischer Politik auf der kommunalen Ebene haben. Wir dokumentieren unser Abstimmungsverhalten im Würzburger Stadtrat und begründen dies in der Öffentlichkeit. So tragen wir dazu bei, dass die Menschen Interesse an der Politik in unserer Stadt entwickeln und selbst aktiv werden können. Als linke Stadtratsabgeordnete geben wir engagierten Bürgerinnen und Bürgern, demokratischen, ökologischen und sozialen Initiativen und Verbänden eine hörbare Stimme und haben immer ein offenes Ohr.

9. Digitale Spaltung überwinden – Breitbandnetze ausbauen

Beim Stichwort „digitale Spaltung“ denkt man meistens an abgelegene Dörfer in ländlichen Regionen, die noch mit Schmalbandanschlüssen ans Internet angebunden sind. In einer Großstadt wie Würzburg können die meisten Einwohner bei Bedarf über Geschwindigkeiten von bis zu 50 oder 100 Mbit/s verfügen, die immerhin den heutigen Anforderungen entsprechen. Doch z.B. in Teilen von Rottenbauer, Steinbachtal, Versbach und weiteren so genannten „Randbereichen“ sowie bestimmten Gewerbegebieten sind nur sehr langsame Internetanschlüsse verfügbar. Hier ist die digitale Kluft also auch in Würzburg Realität und stellt leider für viele Bürgerinnen und Bürger ein ärgerliches Hindernis bei der freien Nutzung des Internets dar. Dabei geht es nicht nur um schnelle Downloads aus dem Netz, sondern auch um die demokratischen Mitbestimmungsrechte. Denn wer etwa eine **Stadtratssitzung per „Live-stream“ im Internet verfolgen** möchte, wird in den unterver-

sorgten Gebieten keine Möglichkeit dazu haben. Daher fordern wir besonders für Rottenbauer, dass die Möglichkeiten der Breitbandförderung des Landes Bayern voll ausgeschöpft werden und so Bandbreiten von mindestens 16 Mbit/s erreicht werden können.

In den nächsten Jahren wird die Datenmenge im Internet jedoch weiter ansteigen und einhergehend die Anforderungen an die Leitungsnetze. Die Kapazitäten von Kupferleitungen, an die noch so gut wie jeder Würzburger Haushalt angeschlossen ist, sind physikalisch begrenzt und zukünftigen Anwendungen nicht mehr gewachsen. Die großen bundesweit agierenden Telekommunikationskonzerne versuchen, unter dem Schlagwort „**Technologieneutralität**“ sogar noch staatliche Förderung für ihre veralteten Kupferkabel und ineffizienten Funklösungen herauszuholen. Dabei gibt es aus technischer Sicht nur eine Möglichkeit, die digitale Infrastruktur der Zukunft zu schaffen, nämlich die Investi-

tion in Glasfasernetze bis in die Wohngebäude („FTTB“ bzw. „FTTH“). Darüber ließen sich nicht nur 1 Gbit/s und mehr verwirklichen, sondern z.B. auch Kabel-TV als Alternative zum bisherigen Versorger. Glücklicherweise hat die WVV nach eigenen Angaben schon in vielen Teilen unserer Stadt Glasfasern verlegt. Was jedoch fehlt, sind die Hausanschlüsse und natürlich ein Anbieter, bei dem die schnelle Datenleitung bestellt werden kann. Darauf zu hoffen, dass eines Tages ein privater Konzern bei uns investiert, sehen wir als LINKE kritisch, da ein solcher Privatanbieter sich „in ein gemachtes Nest“ setzen würde und eventuell Fördergelder sowie natürlich die Gewinne abschöpfen würde. Wir fordern stattdessen einen flächendeckenden Glasfaserausbau von und in kommunaler Hand, damit das, was investiert wird, als Gewinn wieder in unsere Stadt zurückfließt!

Wer dies für nicht finanzierbar hält, muss sich nur die Situation in anderen Regionen veranschaulichen. Fast alle baye-

rischen Großstädte treiben nämlich den Glasfaserausbau massiv voran: In der Landeshauptstadt München kann nach Angaben der Stadtwerke schon jeder zweite Haushalt über dieses hochmoderne Netz erreicht werden. Regensburg, Ingolstadt, Augsburg, Erlangen und sogar einige mittelgroße Städte wie Coburg oder Schweinfurt haben entweder eigene städtische Gesellschaften gegründet oder sich am Münchner Anbieter beteiligt. Sie haben vielfach schon vor Jahren mit dem Ausbau begonnen und verfügen heute bereits über großflächige kommunale Glasfasernetze. In Fürth existieren zumindest konkrete Planungen und auch in Nürnberg wird man nicht mehr lange warten. Nur Würzburg verschläft die digitale Zukunft. Dabei ist eine schnelle Internetanbindung nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger von Vorteil, sondern sie ist auch ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen. Würzburg soll also auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen in ein modernes Breitbandnetz investieren, entweder durch Beteili-

gung an einem der anderen kommunalen Anbieter oder Gründung einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der WVV. Darüber hinaus sollen offene und kostenlose WLAN-Zugänge eingerichtet werden.

Wir fordern einen eigenen städtischen Glasfaseranbieter und den flächendeckenden Ausbau schneller Breitbandanschlüsse, besonders in den heute noch unterversorgten Stadtteilen!

10. Kommunale Politik gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Der „Rassismus der Mitte“ findet vor Ort statt. Deshalb kann und muss er auch auf kommunaler Ebene bekämpft werden, ganz gleich, ob er rassistisch, frauenfeindlich, homophob, ausländerfeindlich, antisemitisch, antiziganistisch oder antimuslimisch motiviert ist. Dazu gehören Informations- und Bildungsangebote genauso wie die Förderung entsprechender Projekte, z.B. Schule gegen Rassismus, aber auch die konsequente Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um die Besetzung des öffentlichen Raums durch Nazis zu verhindern. DIE LINKE / Offene Liste steht dafür, dass die städtische Ausländerbehörde

mit zusätzlichem Personal und angemessenen Räumlichkeiten ausgestattet wird.

Jedem Menschen müssen dort, wo sein Lebensmittelpunkt ist, politische Rechte gewährt werden. Davon muss sich die Kommunalpolitik in Fragen von Migration und Integration leiten lassen. Alle kommunalen Möglichkeiten der Hilfe für die ausländischen Mitbürger und Wege und Formen der Solidarität mit den Flüchtlingen müssen ausgeschöpft werden.

Würzburg ist eine multikulturelle Stadt. Im Umgang mit der wachsenden Vielfalt der Bewohner erwachsen der Stadt nicht nur Spannungsfel-

der, sondern auch nicht zu unterschätzende Chancen. Daher ist es unabdingbar, sich um eine zielstrebige Integration der neuen Mitbürger zu bemühen und diese von Seiten der Verwaltung facettenreich zu unterstützen. Eine Zusammenarbeit mit den lokalen Organisationen, welche sich für die Belange der Migranten besonders einsetzen, ist unabdingbar. Die Integrationsbemühungen müssen natürlich auch den demographischen Wandel der Gesellschaft vor Augen haben und sich darauf ausrichten, ältere pflegebedürftige Ausländer menschenwürdig in Altenheimen unterzubringen.

Hierzu muss auch der Ausländer- und Integrationsbeirat seinen Beitrag leisten können. Deren Arbeit wurde in den letzten Jahren nicht ausreichend gewürdigt und es muss in der Bürgerschaft der Fokus von der Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten auf die Integrationsfähigkeit der Bevölkerung gelenkt werden. Dabei gilt zu beachten, dass eine Assimilation wenig gewinnbringend ist, eine Integration, ein gemeinsames Miteinander soll das oberste Ziel sein, damit sich jeder in der Stadt wohlfühlt und bereitwillig sein Engagement zeigen kann.

11. Jugend und Studierenden in Würzburg – Programm des SDS und der Linksjugend [‘solid]

a) Wohnen ist ein Grundrecht!

Wir fordern, dass die Privatisierung von kommunalen Wohnungen sofort beendet wird, um einen echten kommunalen Sozialwohnungsbau zu starten. Zudem müssen die steigenden Mieten mit einer

radikalen Mietpreisbremse gestoppt und zurückgeschraubt werden.

Perspektivisch müsste der Wohnraum dem kapitalistischen Wohnungsmarkt, der ausschließlich auf Profite aus ist, entzogen und stattdessen vergesellschaftet werden. Das

heißt, dass nicht private Investorinnen und Investoren über die Miethöhe oder Sanierung bestimmen, sondern demokratisch darüber entschieden wird, wie die kommunale Wohnraumpolitik unserer Stadt aussieht.

Uns ist insbesondere wichtig, dass sich die unterschiedlichen sozialen Gruppen nicht gegeneinander ausspielen lassen. Es ist ein Kampf, der von allen Betroffenen nur gemeinsamen gewonnen werden kann, egal ob es sich um Studierende, Auszubildende oder Rentnerinnen und Rentner handelt!

b) Für eine fahrradfreundliche Stadt!

Gerade in vielen Universitätsstädten ist und bleibt das Fahrrad das Fortbewegungsmittel Nummer eins. Die Stadt Würzburg stellt hier keine Ausnahme dar, wurde dieser Tatsache bisher aber in keiner Weise gerecht. Wir fordern deshalb, dass die Priorität im Ausbau der Infrastruktur bei der Erschließung weiterer Radwege liegt, insbesondere zu den zahlreichen Schulen in

Würzburg und an das Hurland.

Weiterhin müssen mehr überdachte Fahrradstellplätze, wie beispielsweise in der Karmelitenstraße, zur Verfügung gestellt werden. Für Menschen, die das Fahrrad nur gelegentlich nutzen würden, fordern wir einen kostenlosen Fahrradverleih, wie er z.B. bereits durch die engagierte Arbeit des **Umsonstladens** „Luftschloss“ betrieben wird.

c) Für mehr Disteln im Beton!

Zwar wundert sich die Gesellschaft über die zunehmende Politikverdrossenheit der Bevölkerung und insbesondere der Jugend, sie bietet allerdings gleichzeitig nur unzureichende Möglichkeiten der politischen Beteiligung abseits der bürgerlichen Parteien.

Wir fordern die Einrichtung von Jugendzentren, in denen wir uns organisieren und bilden können. Wir wollen Räume, in denen wir ohne Konsumzwang Spaß haben können und neue Menschen kennen lernen können. Wir brauchen Begegnungsstätten, in

denen wir Kunst und Musik abseits des Mainstreams schaffen und vielleicht auch neue Talente in uns entdecken können.

All dies kann nur durch ein selbstverwaltetes Zentrum in Würzburg erreicht werden, welches in einem demokratischen Plenum über die eigene Organisation und kommende Veranstaltungen entscheidet.

Ein erster Ansatzpunkt wäre beispielsweise der Erhalt der Mozartschule in Würzburg, in der problemlos oben genannte Forderungen umgesetzt werden könnten!

d) ÖPNV statt noch mehr dicker Schlitten!

Neben dem Zweirad ist der öffentliche Personennahverkehr ein gerade für junge Menschen unentbehrliches Fortbewegungsmittel. Nicht nur sichert er uns die Möglichkeit, zu studieren, zur Schule oder Ausbildungsstätte zu kommen, er bringt uns auch schnell und ökologisch von A nach B.

In unseren Augen ist die Möglichkeit der uneingeschränk-

ten Fortbewegung ein Grundrecht und -bedürfnis. Diese kann durch die zunehmende Privatisierung bei steigenden Fahrpreisen nicht für alle Menschen gesichert werden, weshalb wir auch hier die vollständige Vergesellschaftung von Bus und Bahn in unserer Stadt fordern. Nahverkehr muss für alle Menschen kostenlos werden, denn alles andere ist soziale Ausgrenzung! **Damit „öffentliche Verkehrsmittel“** auch wirklich als öffentlich bezeichnet werden können und auch für Personen mit niedrigerem Einkommen zugänglich werden.

e) Für ein buntes Leben!

Überall in Würzburg werden neue hippe Beton- und Glasbauten aus dem Boden gestampft. Diese treiben nicht nur die Gentrifizierung vieler Stadtteile voran, sie wirken vor allem auch erdrückend und monoton.

Wir wollen ein Stadtbild, welches Kunst und Kultur diesen Wohlstandsklötzen vorzieht. Würzburg braucht wieder einen bunten Farbanstrich, weshalb wir die Freigabe wei-

terer Graffitiflächen fordern, wie es beispielsweise am Südbahnhof der Fall ist.

Die zahlreichen Großwerbeflächen müssen reduziert werden und stattdessen jungen Menschen zum kreativen Ausleben zur Verfügung gestellt werden!

f) Kunst, Kultur und Sport sind keine Wohlstandswaren!

Gerade für uns junge Menschen ist die Möglichkeit der sportlichen und kulturellen Teilhabe in unserer eigenen Stadt sehr wichtig. Diese Möglichkeit darf aber nicht zur Wohlstandsware werden, so dass immer weniger Menschen einen Besuch im Schwimmbad oder Museum genießen können. Hier muss die Stadt diesen für unsere persönliche Entwicklung bedeutenden Aspekt finanzieren und ermöglichen.

Deshalb fordern wir eine radikale Ermäßigung in Sport, Kunst und Kultur für Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende!

Wir brauchen mehr Raum für Kunst und Kultur. Es müssen Plätze, Veranstaltungsräume und kostenlose Aufenthaltsgelegenheiten für Jugendliche ausgewiesen werden, um ihnen mehr Raum in der Stadt zu schaffen. Wir brauchen einen Platz für legale Kreativität! Außerdem müssen Möglichkeiten geschaffen werden, durch die sich Jugendliche kostenlos sportlich betätigen können, der Skatepark in Würzburg ist ein positives Beispiel für eine mögliche Umsetzung.

g) Die Jugend im Freien

Würzburg braucht Spiel und Grillplätze für Jugendliche und Erwachsene, damit sollen legale Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche festgelegt und deren Kriminalisierung durch die Gesellschaft entgegengewirkt werden.

Am Mainufer soll an besonderen Plätzen das Grillen erlaubt sein und das generelle Alkoholverbot aufgehoben werden.

h) Essensangebot

Wir fordern die Verbesserung des Angebots für Vegetarie-

rinnen und Vegetarier sowie Veganerinnen und Veganer in Kantinen und Mensen oder auch in der Bahnhofsmmission. Apfelstrudel ist kein vegetarisches Mittagessen!

- i) Keine Bundeswehr in Würzburgs Schulen

Des Weiteren wollen wir, dass die Schule nicht länger als Werbeträger für die Bundeswehr fungiert, Krieg soll nicht länger als normaler Beruf und die Bundeswehr nicht als familienfreundliches Unternehmen beworben werden.

linksjugend
['solid] 

 **SDS Würzburg**
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

Das Kleingedruckte

Kontakt:

info@linke-liste-wuerzburg.de

Homepage:

www.linke-liste-wuerzburg.de,
www.wuerzburg-waehlt-links.de

Impressum: V.i.S.d.P.: Doris Dörnhöfer, c/o DIE LINKE. Bayern, Schwanthalerstr. 91, 80336 München.

Redaktionsschluss: 22. Februar 2014

Mitarbeiter am Programm:

Julia Altenburger, Peter Baumann, Dominik Betz, Belinda Brechbilder, Friedl Deichselberger, Doris Dörnhöfer, Jurij Johannes Dörnhöfer, Sebastian Förtsch, Eduard Göbl, Heike Pauline Grauf, Janosch Korell, Sebastian Roth, Irene Treugut u. v. a.

www.wuerzburg-waehlt-links.de